



Donnerstag, 11. Dezember 1975

Blatt 3141

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

- Kommunal:
(rosa) Leopoldstadt: Weniger Vandalismus in Grünanlagen. 300 Schüler pflanzten 200 Pappeln
Wiener Gemeinderat
- Lokal:
(orange) Säuglingsstation im "Hera" modernisiert
- Kultur:
(gelb) Erstdruckpartitur und Originaldokumente von
Alois Strohmayr
- Kommunal
international: Straßenbahn und Gas in München teurer
(rosa)

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. von 10 bis 17 Uhr,
So. 14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

=====

Leopoldstadt: weniger vandalismus in gruenanlagen
300 schueler pflanzten 200 pappeln

1 wien, 11.12. (rk) bei den herbstarbeiten in den leopoldstaedter gruenanlagen konnten die stadtgaertner - wie bezirksvorsteher hubert h l a d e j der "rathaus-korrespondenz" erfreut mitteilte - feststellen, dass die anlagen, straeucher und baeume weniger schaeden aufweisen als in den jahren vorher. diese erfreuliche tatsache fuehrt hladej auf die initiative vieler leopoldstaedter schueler zurueck, die sich fuer die schonung der gruenanlagen sehr engagiert haben.

im anschluss an einen aufsatzwettbewerb in den leopoldstaedter volks- und hauptschulen, bei dem es um die bedeutung der gruenanlagen fuer die menschen in der grosstadt gegangen war, veranstaltete bezirksvorsteher hladej im fruehjahr 1975 eine schueler-enquete, zu der alle klassensprecher dieser schulen eingeladen waren.

in einer leidenschaftlichen diskussion nahmen damals die maedchen und buben zu der frage stellung, wie sie mithelfen koennten, zu verhindern, dass rasenflaechen zu kahlen boeden, straeucher und blumen ausgerissen, parks verunreinigt, baeume beschaedigt und parkbaenke demoliert werden. die schueler erklarten, sie wuerden - so gut ihnen das moeglich waere - mithelfen, vor allem durch gutes beispiel, die gruenanlagen vor verunreinigung und zerstoerung zu bewahren.

diese diskussion - so meint bezirksvorsteher hladej - sei ueber die schueler an einen grossen teil der bevoelkerung herangetragen worden und habe ihre auswirkungen gehabt. jedenfalls seien die gruenanlagen in der leopoldstadt heuer mehr geschont worden.

am "tag des baumes" wurden heuer zwischen der rustenschacher allee und der schuettelstrasse, vor der kleingartenanlage "wasserwiese" unter anleitung von stadtgaertnern von 300 schuelern 200

11. dezember 1975

''rathaus-korrespondenz''

blatt 3143

pappeln gepflanzt. bezirksvorsteher hladej wuerdigte bei dieser aktion die positive einstellung der schueler gegenueber den gruenanlagen.

sozusagen als kleine anerkennung fuer die mitarbeit der schueler bei der schonung der gruenanlagen wird bezirksvorsteher hladej demnaechst an die hauptschulen des bezirks sportgeraete, fussballdressen, volleyballnetze, baelle usw. und an die volkschulen klassenbuechereien uebergeben. (am)

1004

L o k a l :

=====

saeuglingsstation im "hera" modernisiert

2 wien, 11.12. (rk) in seiner eigenschaft als praesident der krankenfuehorsorgeanstalt der bediensteten der stadt wien besichtigte donnerstag personal-stadtrat kurt h e l l e r die erweiterte und nach modernsten gesichtspunkten eingerichtete saeuglingsstation im sanatorium "hera".

fuer rund 750.000 schilling wurde die urspruenglich aus einem raum bestehende station auf zwei raeume vergroessert, in denen nun insgesamt 40 saeuglinge aufgenommen werden koennen.

die saeuglinge liegen in eigenen, waschkorbartigen betten, die in verschiedene lagen verstellt werden koennen. ein doppelwickeltisch mit den modernsten technischen einrichtungen, darunter einer deckenheizung, steht fuer beide raeume zur verfuegung. (karp)

1006

k o m m u n a l i n t e r n a t i o n a l :

=====

strassenbahn und gas in muenchen teurer

3 wien, 11.12. (rk) empfindliche tariferhoehungen erwarten die bewohner der bayrischen hauptstadt im kommenden jahr. teurer wird unter anderem die strassenbahn: fuer eine normale stadtfahrt muessen 1976 13,7 prozent, fuer zeitkarten auf langen strecken in der region bis zu 40 prozent mehr als bisher bezahlt werden. der muenchner verkehrs- und tarifverbund hat 1975 insgesamt 608 millionen mark ausgegeben und 245 millionen eingenommen. damit sind 40,3 prozent der kosten gedeckt.

teurer werden soll auch gas: die muenchner gaswerke wollen nun, nach der mitte november abgeschlossenen umstellung von stadt- auf erdgas, die gaspreise um 15 prozent erhoehen, da das erdgas aus der udssr, der wichtigsten lieferantin, teurer wird. (quelle: sued-deutsche zeitung) (hs)

Kommunal:Wiener Gemeinderat:Wohnen und Liegenschaftswesen
=====

11.12. (RK) Der Wiener Gemeinderat nahm Donnerstag die unterbrochene Sitzung mit der Debatte über das 7. Hauptstück des Voranschlagsentwurfes 1976 - Wohnen und Liegenschaftswesen - auf.

Als erster Debattenredner kritisierte GR. Krenn (FPÖ) die im Gegensatz zu früheren Ankündigungen mit nur fünf Millionen zu geringe Dotierung für den Bau des Betagtenheimes Süd. Statt für ursprünglich vorgesehene tausend Betten werde dieses Heim überdies nur für zirka 500 Betten eingerichtet werden.

Bürgermeister Gratz habe das Recht auf eine angemessene Wohnung als ein Grundrecht bezeichnet. Die Realität sehe aber anders aus: Eigentumswohnungen seien kaum erschwinglich, die Lage auf dem Genossenschaftssektor sei kritisch, für Altwohnungen würden hohe Ablösen und Mieten verlangt, die Neubauleistungen bei den für viele einzig erschwinglichen Gemeindewohnungen seien rückläufig. In diesem Zusammenhang stellte Krenn die Anfrage an Vizebürgermeister Pfoch, welche Grundstücke, die für Wohnbauten in Frage kämen, im Besitz der Stadt Wien oder ihrer Unternehmungen, Betriebe, Fonds und Stiftungen seien.

Krenn stellte einen Antrag, den Ausgabenansatz für die Post Grundstücksangelegenheiten und Grundankäufe von 470 Millionen auf 400 Millionen herabzusetzen, um auf diese Weise Mittel für gezielte Investitionen freizubekommen. Im Falle der Ablehnung dieses Antrages könne seine Fraktion dem Voranschlag 1976 für das 7. Hauptstück nicht zustimmen.

Krenn wandte sich gegen die Bevorzugung der Konsumgenossenschaft und der Ekazent bei der Vergabe von Baurechtsgründen. Keine andere Firma werde zur Erbringung von Vorleistungen bereit sein, solange die Gemeinde Wien bei der Vergabe von Baurechtsgründen nicht objektiv vorgehe. Bei Vorliegen spekulativer Grundankäufe sollten die Käufer von der Wohnbauförderung ausgeschlossen werden. (ger)

GR. Neunteufel (ÖVP) trat dem Schlagwort entgegen, die ÖVP sei grundsätzlich gegen Wien. Im Gegenteil, dieser Stadt gelte der ganze politische Einsatz und Kritik habe nur den Zweck, Verbesserungen zu erreichen.

Die Zeit des quantitativen Wohnungsmangels sei zwar jetzt vorbei, doch fehle eine Bedarfsprognose. Während die Wiener Bevölkerung von 1951 bis 1971 fast unverändert war, werde bis 1986 die Sterberate fast doppelt so hoch sein wie die Geburtenrate. 1986 wird die Zahl der Einpersonen-Haushalte 255.000 betragen, die der Mehrpersonen-Haushalte jedoch fühlbar sinken.

Zur Zeit sind 20.700 Wohnungssuchende erfaßt, Überbelag ist in den meisten Fällen der Grund, warum eine neue Wohnung angestrebt wird. Leider nimmt jedoch die Zahl der jährlich gebauten Wohnungen ab. Wurden von 1966 bis 1970 pro Jahr noch 5.000 Wohnungen errichtet, waren es 1971 nur 4.643, 1972 nur 4.429, 1973 nur 2.380 und 1974 nur 2.341. Im ersten Halbjahr 1975 wurden lediglich 322 Einheiten errichtet, 1976 werden es voraussichtlich 2.860 Wohnungen sein.

Den qualitativen Wohnungsfehlbestand illustrierte GR. Neunteufel durch folgende Zahlen: Von 712.000 Wiener Wohnungen sind 238.000 ohne Wasser und WC, von 205.800 Wohnungen in Gemeindebauten sind 48.000 ohne Bad und nur 40.000 verfügen über eine Zentralheizung.

Im Zusammenhang mit den vorliegenden Anträgen zur Wohnungsverbesserung - ihre Zahl beläuft sich auf 5.700 - forderte der Redner Antworten auf folgende Fragen: Welche Althäuser in den letzten zehn Jahren von der Gemeinde Wien angekauft wurden? Welche dieser Häuser noch bewohnt sind, und in welchen Fällen das Wohnungsverbesserungsgesetz angewendet werden könne?

Ferner sollte Rechenschaft darüber abgelegt werden, wie weit die Revitalisierung alter Häuser bereits gediehen sei und was dies koste. Es seien Kosten von 12.000 bis 40.000 S je Quadratmeter im Gespräch, die Gesiba nenne einen Quadratmeterpreis von 16.000 S.

GR. Neunteufel erwähnte abschließend die häufigsten Kritiken an der Wiener "Wohnwirklichkeit": Zu hohe Heizkosten, mangelnde Wärme- und Schalldämmung, mangelnde Versorgung mit Geschäfts- und Handwerkerbetrieben (Fehlen kleiner Geschäfte) und unzureichende Verkehrsverbindungen zu den Stadterweiterungsgebieten. (we)

GR. Dkfm. Dr. Ebert (ÖVP) bezeichnete den Bausektor als Gradmesser für das Auf und Ab der Wirtschaft. In Wien sind nur 17 Prozent der Baufirmen voll ausgelastet. Vor allem die kleineren und mittleren Betriebe haben schwer zu kämpfen. Ebert warf der SPÖ vor, bei den Bau-

vorhaben in Wien das Gewicht ungleichmäßig gesetzt zu haben. Durch die vielen Großvorhaben sind zwar einige Großfirmen auf Jahre hinaus ausgelastet, kleinere und mittlere Betriebe sind aber davon ausgeschaltet.

Die Entwicklung der Mieten und der Kaufpreise für Wohnungen verläuft unerfreulich, erklärte Ebert. Vor allem ist die monatliche Rückzahlung besonders hoch. So gibt die Gesiba einen Preis von 37 bis 40 Schilling pro Quadratmeter ohne Betriebskosten für zukünftige Monatsrückzahlungen an.

Es wäre daher interessant, so Ebert, zu wissen, wie die Stadt Wien in Zukunft die zur Verfügung stehenden Wohnbaumittel aufteilt. Welchen Anteil am Gesamtkuchen will man für Neubauten aufwenden, bleibt man in Zukunft beim Schlüssel von zehn Prozent für die Wohnungsverbesserung und wieviel wird für die Wohnbeihilfen ausgegeben? Nach Ebert erzielte die Gemeinde in den letzten Jahren gewaltige Mehreinnahmen auf dem Wohnungssektor. So stiegen die Mietzinseinnahmen von 235 Millionen im Jahre 1969 auf 475 Millionen im Jahr 1975. Ebert forderte eine genaue Aufschlüsselung dieser Einnahmen und einen Verwendungsnachweis.

Die Nahversorgung in Wien ist gefährdet. Ebert widersprach der Auffassung, daß Läden, in denen nur der Inhaber und Angehörige tätig sind, keine Zukunft haben. Gerade in Amerika erleben diese "Papa und Mama-Läden" wieder einen großen Aufschwung. Außerdem sind diese Läden oft die einzige Kommunikationsmöglichkeit für ältere Menschen. Ebert stellte den Antrag, Parterreräumlichkeiten in Wohnhäusern für Betriebe der Nahversorgung zur Verfügung zu stellen. (sei)

GR. Karoline Pluskal (SPÖ) bezeichnete es als Ziel der Wohnbaupolitik, mehr Menschlichkeit zu verwirklichen, das bedeutet beim Wohnungsbau speziell, Erholungsflächen zur Verfügung zu stellen, Kinderspielplätze einzuplanen, Wohnungen für Behinderte zu bauen, alte Menschen in die Wohngemeinschaft zu integrieren, Erleichterungen für die Hausfrauen zu schaffen. Bessere Lebensqualität heißt aber auch besser wohnen. Dabei hilft die Wohnungsverbesserung, die im Vergleich zum Vorjahr einen starken Aufschwung genommen hat: 1975 wurden 4.940 Anträge für Zentral- und Etagenheizungen gestellt, gegenüber von 1967 Anträgen im Jahre 1974, Anträge auf Bädereinbau gab es heuer 3.002 (1974: 975). Gas-, Wasser-, Elektroinstallationen

3.278 (1974: 1948). Auf die Bedeutung des Aufzugsprogramms, insbesondere für alte Menschen, wurde bereits mehrmals hingewiesen. Es gibt derzeit in den städtischen Wohnhäusern 2.723 Aufzüge, davon wurden 509 nachträglich eingebaut. Eine wesentliche Erleichterung für die Hausfrauen bringt die maschinelle Ausstattung der Waschküchen. Derzeit sind 4.000 Waschküchen mit modernen Waschmaschinen ausgestattet. Der Umbau der Zentralwaschküchen wird 1976 zu **Ende** gehen. Im Wohnbauprogramm werden die Behinderten besonders berücksichtigt. 190 Behindertenwohnungen wurden bereits errichtet. 140 weitere sind im Bau. In der Per Albin-Hansson-Siedlung Ost wurde ein eigener Bau-
teil nur mit Behindertenwohnungen geschaffen. Das wurde als "Behinderten-Ghetto" bezeichnet. Eine Befragung der Mieter ergab, daß die Behinderten selbst das durchaus nicht so empfinden. Die Hälfte betrachtet es sogar als Vorteil, nur mit Schicksalsgefährten im selben Haus zu wohnen. Einige würden allerdings gerne eine Wohnung mit kleinem Hausgarten haben. Auch solche Wünsche werden erfüllt werden können, wie zum Beispiel im Projekt "Wohnen morgen in Rudolfsheim-Fünfhaus". Beim Wohnungsamt sind derzeit 20.800 Wohnungssuchende vorgemerkt, wobei die Zahl der wegen Obdachlosigkeit vorgemerkten um ein Drittel zurückgegangen ist - dank der Mietengesetzreform, die das Abbruchwesen eingedämmt hat.

GR. Pluskal berichtete über die Anwendung neuer Wohnformen, wie die sogenannte integrierte Küche, bei deren Gestaltung auch die Mieter mitbestimmen können. Der Stadterneuerung wird nun in der Wohnbaupolitik der Vorrang eingeräumt. Am Beispiel Ottakring wird die Vielfalt der Möglichkeiten demonstriert. Die Assanierung in Ottakring kann zum Modellfall für andere Stadtviertel werden. Der Vorschlag der FPÖ, die Grundankäufe zu drosseln, würde die künftige Bautätigkeit einschränken. Eine entsprechende Bauleistung auch in Zukunft zu erbringen, ist für die Bevölkerung jedoch wichtig. Derzeit befinden sich rund 9.300 Wohnungen im Bau, 1976 wird mit dem Bau von weiteren 4.000 Wohnungen begonnen werden. (smo)

GR. Dr. Habl (ÖVP) stellte fest, daß die im Voranschlag 1976 vorgesehenen Ausgabensteigerungen um 10,7 Prozent nur "optische Erhöhungen" seien. Sie decken kaum die Inflationsrate, überdies müßte ein Teil der Summe für Sachkrediterhöhungen bei laufenden Bauvorhaben verwendet werden, so daß de facto keine Vergrößerung des Bauvolumens und keine Vermehrung der Zahl von Arbeitsplätzen erreicht werde.

Auch mehr Grundankäufe könnten trotz der vorgesehenen vermehrten Mittel wegen der Preissteigerungen und der Geldentwertung nicht getätigt werden.

Dr. Habl kritisierte, daß es Spekulanten immer wieder gelinge, für sie vorteilhafte Geschäfte mit der Gemeinde Wien abzuschließen. Die ÖVP trete bei Grundankäufen für das Prinzip der Ortsüblichkeit der Preise ein. Wohnbauförderungsmittel sollten nur solche Projekte erhalten, wo es keine Spekulationskäufe gegeben habe. Interessant sei der Vorschlag eines "Preisbandes", das heißt, Förderungsmittel nur zu gewähren, wenn sich der Preis der Wohnungen innerhalb eines bestimmten Bereiches bewege. Eine gute Entscheidungshilfe wäre der von der ÖVP schon lange verlangte Grundkataster. Dr. Habl kritisierte in diesem Zusammenhang den Ankauf von Grundstücken, die dann jahrelang ungenützt blieben. Grundsätzlich solle man beim Budgetansatz für Grunderwerbungen nicht voreilig sparen, daher sei die ÖVP gegen den Antrag der FPÖ auf Kürzung dieser Budgetpost um 70 Millionen.

Dr. Habl verlangte, daß Vizebürgermeister Pfoch im Gemeinderat die Kriterien bei der Baurechtsvergabe an Unternehmungen nennen solle. Der Vorwurf der Bevorzugung bestimmter Unternehmungen könnte leicht entkräftet werden, wenn auch anderen Firmen Baurechte zu den gleichen Bedingungen angeboten würden. Dr. Habl brachte den Antrag ein, das Areal der Draschegründe für die Errichtung von Einfamilienhäusern und Kleingärten zu nutzen und nicht dicht zu verbauen.

Abschließend stellte Dr. Habl fest, daß seine Fraktion den Gesamtvoranschlag 1976 aus prinzipiellen Gründen ablehnen werde. Dies bedeute aber kein "Nein" zu allen in diesem Budget vorgeschlagenen Ausgaben. Dem "Nein" zum vorgeschlagenen Budget entspräche ein "Ja" zu einer besseren Verwendung der Mittel im Interesse der Wiener Bevölkerung. Den Gebührenspiegel werde die ÖVP ablehnen, da darin Gebührenerhöhungen enthalten seien, die über das Kostendeckungsprinzip hinausgingen. Die ÖVP wäre bereit gewesen, einer Gebührenerhöhung zur Abdeckung der Inflationsrate zuzustimmen. (ger)

GR. Rautner (SPÖ) nannte einige Zahlen, die erkennen lassen, daß für den Hoch- und Tiefbau in Wien günstigere Verhältnisse herrschen als in den anderen Bundesländern. Danach habe der Auftragsstand 1975 in Wien um 1,1 Prozent zugenommen, während für ganz Österreich eine Abnahme von 4,5 Prozent zu verzeichnen war. Die Zahl der in der Bauwirtschaft Beschäftigten habe in Wien nur um sechs Prozent abgenommen, in ganz Österreich hingegen um 7,7 Prozent.

Der Stundenverdienst eines Bauarbeiters betrage in Wien rund 62 S brutto, in Niederösterreich 49 S; der gesamtösterreichische Durchschnitt liegt bei 52 Schilling.

Der Redner schloß mit der Feststellung, daß seine Fraktion dem Voranschlag des 7. Hauptstücks gerne zustimmen werde. (we)

Zu den in der Beratung aufgeworfenen Fragen stellte VBgm. Pfoch (SPÖ) grundsätzlich fest, daß mit den 1975 zur Verfügung gestandenen Mitteln die gesteckten Ziele erreicht werden konnten. Die Wohnbautätigkeit konnte gesteigert werden, die großen Bauvorhaben, einem optimalen Baufortschritt entsprechend, finanziert werden. Mit der Heranziehung der Reserven konnte die Wohnbauförderung für rund 19.000 Wohnungen zugesichert werden, so daß das jährliche Neubauvolumen mit 8.000 bis 9.000 Wohnungen gehalten wird. Etwa die Hälfte entfällt dabei auf Kommunalwohnungen. Mit der Garantie auf eine optimale Wohnbauleistung der Gemeinde Wien kann der Wohnungsnot entgegen getreten werden, denn nach wie vor wenden sich die Menschen in einer Notsituation ausschließlich an die Gemeinde Wien, die Privaten helfen da nicht. Und schließlich wird auch der Kommunalwohnbau sowohl in Form und Qualität, Ausstattung und Preis von keinem anderen Bauherrn erreicht.

Zur Frage, was getan wird, wenn das für den Wohnbau und für die Wohnungsverbesserung zur Verfügung stehende Geld knapp werden sollte, entgegnete Pfoch: Bis auf weiteres wird man die zehn Prozent für die normale Wohnungsverbesserung und die 15 Prozent für die große Wohnungsverbesserung voll ausschöpfen. Wenn die ÖVP die Wohnungsverbesserung als ihre Erfindung beansprucht, so ist das nur mit wesentlichen Einschränkungen möglich: Die Wohnungsverbesserung wurde nämlich ursprünglich nur Hausherrn zugestanden, erst mit der Novelle 1973 haben auch die Mieter diese Möglichkeit. Das bewirkte, daß von 600 Anträgen im Jahre 1973, die Wohnungsverbesserungen 1974 auf 2.000 Anträge und heuer bereits auf mehr als 5.000 gestiegen sind. Sollten in Zukunft die Mittel für die Wohnungsverbesserung knapp werden, wird man eine Begrenzung der Zuschüsse für den Einzelantrag, etwa mit 200.000 oder 300.000 S zu überlegen haben. Zu den Vormerkungen beim Wohnungsamt: Eine geringe Zunahme gegenüber dem Vorjahr ist auf wesentliche Erleichterungen der Vormerkbedingungen zurückzuführen, die echten Notstandsfälle - Obdachlosigkeit, gesundheitsschädliche Wohnungen etc.- haben sich erst

mals wesentlich verringert. Was den Neubau betrifft, so wurden seit 1951 in Wien nicht weniger als 200.000 Wohnungen gebaut. Rund 100.000 davon errichtete die Gemeinde Wien. Wenn man fragt, warum die Wohnbauleistung 1972/73 abgesunken ist, so muß man sich doch vor Augen halten, wie enorm damals die Baukonjunktur überhitzt war, die Baupreise gestiegen sind. Es wäre unverantwortlich gewesen, noch mehr Geld hineinzupumpen und letztlich um keine einzige Wohnung mehr zu erhalten. Und wenn man die Zahl der Neubauwohnungen untersucht, dann darf man auf keinen Fall übersehen, daß seit 1960 die Durchschnittsgröße der Wohnung von 60 auf 75 Quadratmeter bei gleichzeitig besserer Ausstattung gewachsen ist. Zur Frage der leerstehenden Wohnungen: 710.000 Haushalten stehen 780.000 Wohnungen gegenüber. Rechnerisch kann man daraus den Schluß ziehen, daß zehn Prozent der Wohnungen leer stehen. Viele Wohnungen sind aber schon einfach deshalb nicht verfügbar, weil sie oft im Zuge von Verlassenschaften monatelang nicht bewohnt werden, aber rechtlich nicht verfügbar sind. Überdies sind mindestens 20.000 der sogenannten leeren Wohnungen ganz einfach in einem so desolaten Zustand, daß sie nicht erhaltungswürdig sind.

Was die Zinsbildung und die Zinsrückstellungen der Wohnhäuserverwaltung betrifft, so sind dafür die gesetzlichen Regelungen ausschlaggebend. Ein kleiner Reparaturausgleichsfonds wird bei Aufzugseinbauten wirksam, den Mietern werden nur die Betriebskosten angelastet. Im übrigen werden die Rückstellungen im Einvernehmen mit der Finanzverwaltung vorwiegend im Wohnbereich verwendet. Abschließend wies Pfoch auf Maßnahmen des Wohnbauförderungsbeirates hin: Die Förderung wird verweigert, wenn die Grundstückspreise oder die Baupreise überhöht sind. Um die Wohnungssuchenden vor Lockpreisen und folgenden enormen Nachzahlungen zu bewahren, werden die Bauträger angehalten, exakte Kalkulationsgrundlagen vorzulegen. Es wird auch keine Förderung mehr geben, wenn in Spekulationsabsicht Grundstücke ohne Baulandwidmung erworben werden. (smo)

Wiener Budget 1976 beschlossen

Finanzstadtrat Mayr nahm in seinem Schlußwort zu verschiedenen Debattenbeiträgen Stellung: Die Einnahmen aus den gemeinschaftlichen Bundesausgaben gehen deswegen zurück, weil auch die Steuererträge zurückgehen. Diese Einnahmen sind durch das Finanzausgleichsgesetz bis ins letzte Detail fixiert, daher könne auch nicht, wie gefordert, eine

Art Inflationsabgeltung gegeben werden. Bei der Aushandlung eines neuen Finanzausgleiches dürfe es wegen der zugegebenermaßen schwierigen Situation aller Gebietskörperschaften nicht zu einem Gerangel um eine Umverteilung kommen. Man wird den Mut aufbringen müssen, mehr Einnahmen zu erschließen, erklärte der Stadtrat. Wenn der Bund diesen Weg geht, müßten dies die anderen Gebietskörperschaften auch mitverantworten.

Die Wertigkeit eines Projektes kann nicht am Prozentanteil des Projektes am Gesamtbudget gemessen werden. Der notwendige Mittlereinsatz ergibt sich aus den Erfordernissen des Projektes.

Zum Bauring erklärte Mayr, daß die SPÖ nicht gewohnt ist, eine Politik mit doppeltem Boden zu führen. Es gibt daher keine "anderen Gründe", die zur Bezahlung der Abfertigung an die ehemaligen Bauring-Direktoren geführt haben. Der Stadtrat erinnerte nochmals daran, daß Bürgermeister Leopold Gratz die notwendigen Schritte eingeleitet hat. Die SPÖ stehe bis zum letzten Punkt zu dieser Vorgangsweise.

Beim Wohnbau ist es uninteressant, wer der Bauträger ist, sondern wesentlich ist, daß zu für die Mieter erschwinglichen Bedingungen gebaut wird. Die Wohnbauförderung 1968 sieht eine wesentliche Heranziehung des Kapitalmarktes vor. Sollte diese Lösung in Zukunft zu teuer werden, müsse man sich andere Möglichkeiten überlegen. Jedenfalls können höhere Leistungen der öffentlichen Hand nur durch Mehreinnahmen realisiert werden.

Mayr bekannte sich nochmals eindeutig zur antizyklischen Konjunkturpolitik. Diese habe aber zwei Seiten. In konjunkturell guten Zeiten müsse gebremst werden, wie es die Stadt Wien mit der Schaffung einer Wohnbaurücklage gemacht habe. Die Opposition habe damals diesem Entscheid aber nicht zugestimmt. Heute erweist es sich, wie günstig gerade für die Bauwirtschaft dieser Schritt ist. Durch das Auflösen dieser Rücklage können heute Aufträge an die Wirtschaft vergeben werden.

Die Finanzierung der Krankenanstalten bedarf sicherlich einer bundeseinheitlichen Regelung. Dafür ist aber eine 2/3 Mehrheit im Nationalrat notwendig. Eine einvernehmliche Lösung scheiterte bisher am Widerstand der anderen Bundesländer.

Abstimmung

Elf Anträge auf eine zahlenmäßige Abänderung des Voranschlages 1976 wurden mehrheitlich abgelehnt. Von den 18 Beschluß- und Resolutionsanträgen wurden 17 einstimmig den zuständigen Ausschüssen zugewiesen. Der Antrag zur Einberufung einer Enquete Massenverkehr und Stadtplanung wurde dem Bürgermeister zur Behandlung zugewiesen. Ebenfalls einstimmig wurden die Erinnerungen, die zum Budget abgegeben wurden, den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Das Budget 1976 der Stadt Wien wurde mit den Stimmen der SPÖ beschlossen. Ebenfalls mit den Stimmen der SPÖ wurde der Gebührenspiegel für das Jahr 1976 beschlossen und der Finanz- und Investitionsplan 1976 bis 1980 zur Kenntnis genommen. (sei)

Restliche Tagesordnung

GR. Bednar (SPÖ) referierte den Antrag auf Abschluß eines Baurechtsvertrages zwischen der Stadt Wien, der GÖC und der KGW in Aspern.

GR. Krenn (FPÖ) bezeichnete den Abschluß dieses Vertrages als eine ungerechtfertigte Bevorzugung dieser beiden Firmen.

GR. Dkfm. Dr. Ebert (ÖVP) bezeichnete die Baurechtsvergabe ebenfalls als unverständliche Bevorzugung der KGW.

GR. Bednar (SPÖ) meinte in seinem Schlußwort, daß die Konsumgenossenschaft einen Dienst an der österreichischen Bevölkerung erfülle. Sie leite auch Versorgungsstellen, die keine Gewinne bringen, während andere Handelsketten ausschließlich auf die Erzielung von Profiten ausgerichtet sei. Die Stadt Wien fördere im übrigen den Lebensmitteleinzelhandel sehr. Bednar verwies abschließend auf die von Bürgermeister Gratz ergriffene Initiative, mit den Landeshauptleuten Gespräche über das Problem der Neugründung von Supermärkten zu führen.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

GR. Dinhof (SPÖ) referierte den Antrag auf Erhöhung der Gebühren für den Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst der Stadt Wien.

GR. Gertrude Härtel (ÖVP) bezeichnete die 36prozentige Erhöhung als ungerechtfertigt und durch keine Kalkulation untermauert.

GR. Dinhof (SPÖ) meinte in seinem Schlußwort, daß beim Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst der Stadt Wien natürlich keine Kostendeckung angestrebt werde. Nur eine 35prozentige Kostendeckung wäre erreicht. Von der Erhöhung der Gebühren seien nur rund fünf Prozent der Beförderten betroffen, nämlich Selbstverschulder und Nichtsozialversicherte.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

GR. Mayr (SPÖ) referierte den Antrag auf Erhöhung des Betrages für die wöchentliche Berichterstattung der Austria Wochenschau zur Abdeckung der Kostensteigerungen.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) kritisierte, daß dieser Betrag - 3,4 Millionen Schilling - 1975 aus dem Kulturbudget aufgebracht worden sei. Im nächsten Jahr seien 3,7 Millionen aus dem Budget des Presse- und Informationsdienstes vorgesehen. Hirnschall wandte sich gegen die Höhe des Betrages für einen "zweifelhaften Zweck" und kritisierte, daß die von der Stadt Wien bezahlten Beiträge der Austria Wochenschau nicht als Inserate beziehungsweise Werbesendungen gekennzeichnet werden.

Stadtrat Schieder (SPÖ) stellte fest, daß die Einschaltungen in der Austria Wochenschau bisher immer aus dem Kulturbudget finanziert worden seien. Von dieser Praxis gehe man jedoch 1976 ab, da man der Meinung sei, daß es sich dabei um eine Angelegenheit des Presse- und Informationsdienstes handle. Die Form der Finanzierung der Einschaltungen der Stadt Wien leite sich aus der Form der Gesamtfinanzierung der Austria Wochenschau ab, die zu gleichen Teilen vom Bund und von der Stadt Wien getragen werde. Wien müsse seinen finanziellen Beitrag erhöhen, wenn der Bund das gleiche tue. Anderenfalls würde dies das Ende der Austria Wochenschau überhaupt bedeuten. In Zukunft werden bei der Berichterstattung der Austria Wochenschau die städtische Realität und das Aufzeigen der Möglichkeiten, die den Menschen dieser Stadt zur Verfügung stehen, im Vordergrund stehen. Damit füge sich die Berichterstattung der Austria Wochenschau in die generelle Informationspolitik der Stadt Wien im Interesse der Bevölkerung dieser Stadt.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. (ger)

Über eine Flächenwidmungs- und Bebauungsplanänderung im 2. Bezirk referierte GR. Hermine Fiala (SPÖ). Die Abänderung erfolgt, um beim später vorgesehenen Bau der Rembrandt-Brücke den notwendigen Straßenraum zu sichern. GR. Dr. Macher (ÖVP) kritisierte, daß ein möglicher Alternativplan nicht berücksichtigt worden sei. GR. Bednar (SPÖ) stellte fest, daß durch die erforderlichen Maßnahmen keine Mieter aus ihren Wohnungen vertrieben werden.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

GR. Nußbaum (SPÖ) berichtete über die Neufestsetzung der Gebühren für gebührenpflichtige Hilfeleistungen der Feuerwehr. Die gegenwärtige Gebührenordnung ist seit 1971 in Kraft, auf Grund neuer Kostenberechnungen waren Erhöhungen erforderlich. Da keine Wortmeldung erfolgte, galt der Antrag als angenommen.

Zum Antrag von Stadtrat Mayr (SPÖ), fünf Vereinigungen und Einrichtungen Subventionen in Höhe von 3,480.656 Schilling zu gewähren, nahm GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) Stellung und ersuchte um schriftliche Mitteilung über die Zielsetzungen des Vereins "Wien International", der 900.656 S erhalten soll.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (we)

Zu den neuen Müllabfuhrtarifen berichtete Stadtrat Mayr (SPÖ), daß die seit 1972 unveränderten Tarife im kommenden Jahr nur mehr eine Kostendeckung von 71,87 Prozent ergeben würden. Mit der Erhöhung des Tarifs wird eine Kostendeckung von 102,5 Prozent erreicht. GR. Dkfm. Bauer (FPÖ) sprach sich gegen eine Über-Bedeckung aus und äußerte den Verdacht, daß damit schon kommende Inflationsraten und Personalkostenerhöhungen vorweggenommen werden. GR. Hoffmann (ÖVP) wandte ein, daß eine Über-Bedeckung gesetzlich nicht zulässig ist. Überdies würde die Tarifierhöhung zum jetzigen Zeitpunkt die Preis-Lohn-Spirale in Bewegung setzen. GR. Haberl (SPÖ) wies darauf hin, daß durch Rationalisierung und Modernisierung eine Tarif-Angleichung mehrere Jahre aufgeschoben werden konnte. Er kündigte für nächstes Jahr als wichtige Maßnahme im Interesse des Umweltschutzes die Anbringung einer Filteranlage in der Verbrennungsanlage Flötzersteig an, die eine Entstaubung der Abgase bis zu 83 Prozent bewirken wird. Auch die Errichtung eines vierten Verbrennungsofens, der 120 Millionen kostet, wird bald notwendig sein. Im Schlußwort wies Stadtrat Mayr darauf hin, daß einem Erkenntnis des Verfassungsgerichtes entsprechend eine

gewisse Toleranz bei Gebührenfestsetzungen zulässig ist.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (smo)

Die restlichen Tagesordnungspunkte - darunter der neue Flächenwidmungs- und Bebauungsplan für Grinzing - mußten aus formalen Gründen referiert werden. Sie wurden alle angenommen.

Die Sitzung wurde unterbrochen. Die Beratungen des Gemeinderates werden morgen, Freitag mit der Behandlung des Wirtschaftsplanes 1976 für die Wiener Stadtwerke fortgesetzt und abgeschlossen. (sei)

(Ende des Sitzungsberichtes)

geehrte redaktion

=====

4 wien, 11.12. (rk) die ausstellung ''stadterneuerung in wien am beispiel ottakring'' ist noch bis sonntag, den 14. dezember, geoeffnet. ueber den erfolg dieser ausstellung und die waehrend ihrer dreiwoechigen dauer gemachten erfahrungen berichten im rahmen eines

p r e s s e g e s p r a e c h e s

mit stadtrat ing. fritz h o f m a n n am dienstag, den 16. dezember, um 19 uhr, die beteiligten architekten und fachleute des magistrats. (ger)

bitte merken sie vor:

zeit: dienstag, 16. dezember, 19 uhr.

ort: wien 16, ausstellungslokal in der friedrich kaiser-
gasse 69.

1120

k u l t u r :

=====

erstdruckpartitur und originaldokumente von alois strohmayr

13 wien, 11.12. (rk) erstdruckpartituren und originaldokumente folkloristischer wiener kammermusik von alois strohmayr bilden den inhalt eines im eberle-verlag erschienen partiturenbandes, den die gebroeder schrammel-gesellschaft donnerstag in den raeumen der oesterreichischen gesellschaft fuer musik erstmals der oeffentlichkeit praesentierete. die praesentation nahmen prof. lois b o e c k , leiter des klassischen wiener schrammelquartetts, und bezirksvorsteher josef v e l e t a , vizepraesident der gebroeder schrammel-gesellschaft, vor.

bei den kompositionen handelt es sich um originalpartituren fuer zwei violinen, kontragitarre, kontrabass, klarinette in es und g oder floete. der band beinhaltet insgesamt 12 werke und umfasst die schaffensperiode von alois strohmayr von 1844 bis 1886. die walzer, polkas, maersche und taenze vermitteln ein umfassendes bild ueber die musik des komponisten, aber auch ueber die blutezeit der instrumentalen volksmusik. fuer die musikalische interpretation sorgte das klassische wiener schrammelquartett mit musikbeispielen. (z1)